

Wahlen in Mexiko

Autor(en): **Wylér, Seraphin**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **43 (1964)**

Heft 9

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-337572>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Wahlen in Mexiko

Alle sechs Jahre im heißen Monat Juli hat Mexiko seinen wichtigsten Wahlsonntag zur Erneuerung seiner Bundesbehörden. Neu gewählt wird der Staatspräsident, der hier nach Verfassung beinahe allmächtig ist. Der *Präsident* kann aber nur eine einzige Amtsdauer von sechs Jahren machen, er kann also auf keinen Fall wiedergewählt werden. Neu bestellt werden gleichzeitig auch die Parlamentskammern der Senatoren und Deputierten. Je zwei Senatoren vertreten die 29 Estados der Vereinigten Staaten von Mexiko und den Bundesdistrikt, zusammen sind das also 60 *Senatoren*, etwa dem schweizerischen Ständerat entsprechend. Die *Deputierten* vertreten je 170 000 Einwohner aus 178 Wahlkreisen. Es gilt das Majorzsystem. Wer im Wahlkreis die meisten Stimmen erhält, ist gewählt. Erstmals spielte hier für die Deputierten ein zusätzlich aufgepfropftes Proporzverfahren. Danach hat jeder Wahlkreis zunächst einmal einen Deputierten nach Majorzresultat. Neu werden dann aber im Landesmaßstab noch einmal alle abgegebenen Stimmen nach Parteien summiert. Jede legal registrierte Minderheitspartei, welche mehr als 2,5 Prozent der im Lande abgegebenen Stimmen auf sich vereinigte, bekam Anspruch auf fünf Deputierte, plus für jede weiteren 0,5 Prozent der Stimmen einen weiteren Deputierten. Dies bis auf total 20 Minderheitsvertreter pro Partei, was 12,5 Prozent der abgegebenen Stimmen entspricht. Das gilt aber nur für die Deputiertenkammer. Der Senat bleibt weiterhin der Majorzwahl reserviert. Bei der seit Jahrzehnten in Mexiko herrschenden Konstellation wird dabei aber nicht etwa eine «Dunkelkammer» konserviert. Im Gegenteil, die forschenden Väter und die frischen Söhne der mexikanischen Revolution von 1910 bleiben so weitere sechs Jahre unter sich.

Die Parteien

Auch bei der diesjährigen Wahl war wiederum «der Kampf aller gegen alle um die Macht für das gemeinsame Wohl» positiv zu ruhigem Urnengang eingedämmt. Vier offiziell anerkannte Parteien waren im Rennen.

Partido Revolucionario Institucional (abgekürzt PRI) ist die Partei, welche mit wechselndem Namen schon 35 Jahre durch ihre Vertreter das Staatsruder Mexikos mit festen Händen führt. Diese Partei darf mit gutem Recht als nationale Volkspartei bezeichnet werden. Sie umfaßt nach ihrer Grundkonzeption tatsächlich weiteste Kreise des mexikanischen Volkes. Dieser Partei gehören zum Beispiel kollektiv die mexikanischen Gewerkschaften *und* viele Unternehmerverbände an. Die angeschlossenen landwirtschaftlichen Vereine umfassen Landarbeiter und Bauern usw. Unter dem Namen «Partido Nacional Revolucionario» war die Regierungspartei PRI im Jahre 1929 vom

damaligen starken Mann Mexikos, General Plutarco Elías Calles, gegründet worden. Alle Kräfte des nationalrevolutionären Sektors Mexikos sollten darin gruppiert, koordiniert und somit diszipliniert werden. Die diffusen und konfusen Erscheinungsformen der mexikanischen Revolution sollten überwunden werden. Es galt, Exzesse und Verballeistungen durch neue, legale Institutionen und geordnete Aufbauarbeit zu ersetzen. Die Nation sollte damit auch vom gewohnten «Caudillismo» (Einmannführerprinzip) weg zu einem neuen Rechtsstaat revolutionärer Institutionen hingeleitet werden. Es galt, der nationalen Politik organisierte Stabilität zu verschaffen, um die mexikanische Revolution von einem Wirrwarr von Wirren zu staatsbildender Kraft für eine moderne Neuordnung in Mexiko umzuwandeln. Der Anfang dieser nationalen Volkspartei zur mexikanischen Erneuerung war demnach also auch wieder ein autokratischer Akt, die Parteigründung erfolgte damals von oben nach unten. Aber schließlich galt es damals, im neuen politischen Organismus die verschiedensten Persönlichkeiten und Fraktionen des sogenannten Fortschrittslagers zu gruppieren. Es galt unter anderem, die bewaffnete Auseinandersetzung in politisch-zivilisierte Kanäle umzuleiten, es galt, mit der praktischen Demokratie irgendwie einen praktisch-möglichen Anfang zu machen. Unter Präsident Cardenas (1934 bis 1940) konzentrierte die gleiche Partei unter dem Namen «Partido de la Revolución Mexicana» erneut wieder die nunmehr wichtigsten Strömungen in vier inkorporierten Fraktionen, nämlich Arbeiter-, Bauern-, Volks(Bürger)- und Militärssektor. Der letztere Sektor entfiel mit der Zeit mit zunehmender Zivilisierung und Legalisierung der mexikanischen Politik. Die letzte Namensverwandlung zu «Partido Revolucionario Institucional» (PRI) entspricht durchaus der erreichten Entwicklung, nämlich der in legalen Institutionen nunmehr verankerten mexikanischen Revolution seit dem Jahre 1911.

Wie von einer erfolgreichen Regierungspartei nicht anders zu erwarten, vermischte das Wahlprogramm der PRI Erreichtes mit neuen Aufgaben Mexikos zu einem wirklich populären Katalog. Versprochen wurden:

Fortsetzung der staatlichen Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung Mexikos mit beschleunigter Industrialisierung. Ausländisches Kapital bekommt keine Sonderrechte.

Verbesserte Fiskalmaßnahmen sollen gerechtere Einkommensverhältnisse bringen und die bestehenden Härten ausgleichen.

Der von der gültigen Verfassung aus dem Jahre 1917 vorgeschriebene soziale Wohlfahrtsstaat soll beschleunigt weiter der tatsächlichen Verwirklichung nähergebracht werden.

Auf allen Stufen soll das Schulwesen noch mehr als bisher schon maximal gefördert und weiter nach laizistischen Prinzipien geführt werden.

Die erfolgreiche Außenpolitik Mexikos soll aktiv und passiv weiter nach den bewährten nationalistischen Prinzipien der Autodetermination und der Nichtintervention fortgesetzt werden.

Partido Acción Nacional (PAN) sammelte auch im heurigen Wahlkampf, wie schon seit dem Jahre 1939, die Opposition von rechts. Die Siglen der Abkürzung aus den Anfangsbuchstaben des Parteinamens, «PAN», bedeuten im Spanischen übrigens «Brot», eine Forderung, welche die Bedürftigsten ansprechen müßte. Diese essen nun aber in Mexiko überhaupt fast kein Brot, sondern statt dessen «tortillas», ein flaches Maisgebäck. Die nationalistische Parteibezeichnung steht sicher für die propagierte Ideologie der Rechten, wenn auch gerade in diesen Kreisen das hispanistische Element stark vertreten ist. Mit der Beschreibung als katholischkonservativ-christlichsoziale Koalition dürfte diese Partei für europäische Begriffe annähernd genau definiert sein. Nach Verfassung darf aber in Mexiko kein legaler Parteiname religiösen Inhalt haben. Im 99 Prozent katholischen Mexiko ist dies für die Opposition ein schweres Handicap. Die Gegner dieser Oppositionspartei wiederholen einem immer wieder, die PAN sei von Privatbankiers, Industriellen aus der Frühzeit, von habgierigen Kaufleuten und von besonders konservativen Elementen des Mittelstandes gegründet und dank ihrer Finanzkraft bisher getragen worden. Im Grunde genommen sei es eine konterrevolutionäre Konfessionspartei, wie ihr schlechtbeleumdeter Zwillingsbruder, die falangistische Union Nacional Sinarquista UNS (nicht registriert). Ganz früher mag das wahrscheinlich vielleicht so gewesen sein. Bei den Wahlen vor sechs Jahren aber und bis heute nach den jetzigen Wahlen für 1964 bis 1970 ergaben alle eigenen Beobachtungen für uns den Eindruck, daß die moderne christlichsoziale Komponente im «Partido Acción Nacional» überwiegend stark dominiert. Beide Male in den vergangenen sechs Jahren hatte die PAN als Oppositionspartei im Rahmen der in Mexiko gegebenen Möglichkeiten ungeheuer geschickt operiert. Nirgends wurde etwa kleinlich an Vergangenem oder positiv Bestehendem herumkritisiert. Mit intelligentem Schwung hat die PAN — klerikalkonservative Traditionen offenbar überwindend — viele Ideale und Postulate der mexikanischen Revolution in ihre Propaganda mit übernommen.

Partido Autentico de la Revolución Mexicana und *Partido Popular Socialista*, bei den Wahlen auch registriert und somit zugelassen, sind zwei Splitterparteien des PRI, ohne wirklichen Anhang im breiten Volk. Die verdienten alten Männer der Autentischen wollen der Großen Mexikanischen Revolution noch mehr Reverenz erweisen, als dies offiziell hier sicher schon bis zur Genüge getan wird. «Partido Popular Socialista» (PPS) ist so etwas wie eine in Treibhausluft gezähmte kommunistische Partei, welche ideologisch

Marxismus, Leninismus, «Korruptionismus» und übersteigerten mexikanischen Nationalismus soweit amalgamiert, daß sie im nationalen und internationalen demokratischen Spiel für die Machttträger geradezu brauchbar wird.

Der Präsident

Lic. José González Torres war der unterlegene Präsidentschaftskandidat des «Partido Acción Nacional». Von den total 9,437 Millionen abgegebenen Stimmen konnte er 1,015 Millionen, das sind 10,7 Prozent, erreichen. Der gradlinige Werdegang von *Lic. González Torres* prädestinierte ihn als echten Oppositionskandidaten, der in den politischen Verhältnissen Mexikos eine wirkliche Alternative zu bieten hatte. Seine bisherigen Funktionen im öffentlichen Leben waren chronologisch: Präsident der katholischen Jugend Mexikos, Präsident der Mexikanischen Katholischen Aktion, Präsident der Familienväter-Union Mexikos, internationaler Präsident der Pax Romana und 1959 bis 1962 Chef des «Partido Acción Nacional».

Lic. Gustavo Díaz Ordáz, der neugewählte Präsident, war bis vor kurzem Innenminister des Landes gewesen. Wie zu erwarten war, konnte er als Kandidat des «Partido Revolucionario Institucional» eine überwiegende Mehrheit auf sich vereinigen. Allein an PRI-Stimmen erreichte er 8,276 Millionen. Dazu machte er als deren Auch-Präsidentschaftskandidat noch 66 000 Stimmen der «Partido Popular Socialista» und 47 000 PARM-Stimmen der «Autentischen», total also 8,391 Millionen Stimmen, das sind 88,9 Prozent der Beteiligung. Am kommenden 1. November wird Präsident Díaz Ordáz für sechs Jahre sein machtvolles Amt antreten. Er ist 53 Jahre alt, zufällig also im Jahre 1911 geboren, am Anfang der mexikanischen Revolution, als nämlich damals nach 35jähriger Herrschaft auch ein Präsident Díaz — Don Porfirio Díaz Mori — vom «Sturm über Mexiko» von der Staatsmacht vertrieben wurde. Im vergangenen Wahlkampf betonte der siegreiche Regierungskandidat auffallend stark seine nationalistischen Ansichten und Absichten. «Niemand darf gegen Mexiko Sonderrechte haben» und «Nur eine Inspiration habe ich, Mexiko!», mögen aus seiner Rhetorik als Beispiele zitiert sein. Selbstverständlich hat er sich auch immer wieder mit allen Postulaten seiner Partei der revolutionären Institutionen identifiziert.

Erfolg

Der heurige Wahltag, die Stimmenauszählung und die begonnene Erhaltung der Ergebnisse sind ruhig und ohne nennenswerte Zwischenfälle verlaufen. Die öffentliche Ruhe, die Ordnung im Wahlverfahren und das Bemühen um legales Verhalten der Wahlbehörden werden von den ausländischen Beobachtern als wirkliche staatsbürgerliche Leistung beurteilt.

Der neugewählte Staatspräsident ist verhältnismäßig jung, und als Advokat ist er ein intellektueller Zivillist. Jung sind auch die meisten der neuen Parlamentarier. Unter Wahrung der politischen Kontinuität hat sich in Mexiko also, wie vor sechs Jahren begonnen, die Macht eher wieder vererbt. Es sind nicht mehr die rauen Väter der mexikanischen Revolution, sondern vielmehr deren gutgeschulte Söhne und Töchter, welche nunmehr Mexiko durch die in Lateinamerika nicht geringen Fährnisse der Zeit steuern. Das Parlament wird sich, wie gesagt, bei den Senatoren im wesentlichen nicht ändern. In der Deputiertenkammer wird es dagegen nun sicher etwas lebendiger werden. Die Lockerung des früher alle anderen überrollenden Majorzwahlsystems garantiert der PAN-Minderheit tatsächlich annähernd die ihr proportional zukommende Vertretung in der Volkskammer. Daß damit der hier tatsächlich begangene Weg des Aufbaus eines sozialen Wohlfahrtsstaates von weiterer Erziehungsarbeit zum Aufbau einer wirklichen Demokratie begleitet ist, darf als echter mexikanischer Erfolg im sonst eher düsteren Panorama der Politik in Lateinamerika gewertet werden.

Literatur

Der Weg des Sozialismus

Als ehemaliger «Klassengefährte» von Konrad Farner und Theo Pinkus darf ich natürlich nicht den Anspruch erheben, ihr Werk objektiv beurteilen zu können. Auch habe ich nicht die Absicht, gegen den Rezensenten zu polemisieren. Ich bitte einfach um die Erlaubnis, einige Gedanken zu dieser Dokumentensammlung skizzieren zu dürfen.

Die Sache ist von erheblicher politischer Bedeutung. Zwar mag es ganz orthodoxe Kommunisten geben, die Farner und Pinkus vorwerfen, gegenüber dem Sozialdemokratismus — man nannte ihn auch schon Sozialfaschismus — allzu versöhnlerisch vorzugehen. Aber orthodoxe Schriftgläubige vermögen ja nie die Feinheit und Wirksamkeit eines strategischen Konzeptes zu begreifen, das darauf angelegt ist, den Gegner durch ein Umfassungsmanöver außer Gefecht zu setzen. Aber gerade auf ein solches Manöver — man möchte fast von liebender Umarmung sprechen — gehen Farner und Pinkus mit ihrer schriftstellerischen Unternehmung aus. Mit der Verwischung aller Gegensätze haben sie es darauf abgesehen, die verschiedenen Strömungen innerhalb der sozialistischen Bewegung als Äste des gleichen Baumes darzustellen, um den Marxismus sowjetischer Prägung im Westen wieder salon- und diskussionsfähig zu machen. Sie möchten den Eindruck erwecken, daß alle Sozialisten ja doch zur gleichen Familie gehören. Sie unterscheiden sich zwar in Haarfarbe und Gestalt, aber ihr Herz ist rot.